

Bisexuelles Netzwerk Wahlprüfsteine

1a) Wir streben ein gesellschaftliches Klima an, in dem ein „Coming Out“ gar nicht mehr nötig ist. Jede sexuelle und geschlechtliche Identität muss in einer offenen Gesellschaft ganz selbstverständlich ihren Platz haben. Das erreichen wir nur durch den Abbau tradierter Rollenbilder und einem konsequenten Rechtsstaat, der die Individualität eines jeden Menschen schützt.

1b) Ja.

2a) siehe Frage 1a.

2b) Wir haben die Mittel, mit denen der „Landesaktionsplan Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ hinterlegt ist, kontinuierlich erhöht. Wir werden das auch weiter bedarfsgerecht tun. Nicht einfach nur mehr Geld schafft ein liberales gesellschaftliches Klima, sondern vor allem die vielen Menschen, die tagtäglich in Haupt- und Ehrenamt gegen Diskriminierung und für Akzeptanz arbeiten.

3) Wir bekennen zum Demokratieprojekt SCHLAU RLP, das an Schulen zu sexueller und geschlechtlicher Identität und Vielfalt aufklärt. Wir wollen dem ehrenamtlich organisierten Projekt die Möglichkeit zur Einrichtung einer Koordination geben, die aus Landesmitteln finanziert wird.

4) Wir müssen akzeptieren, dass es andere Meinungen gibt. Das ist Grundprinzip unserer Demokratie. Allerdings werden wir auch weiterhin für unser Ideal einer offenen Gesellschaft eintreten – ungeachtet derer, die nicht jeden Menschen in seiner Individualität akzeptieren wollen.

5) Rheinland-Pfalz hat seit 2016 eine Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität, die den Interessen von LSBTI, also Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten und Intersexuellen verpflichtet ist. Insofern sehen wir die Belange bisexueller Menschen in der Arbeit der Landesbeauftragten gut aufgehoben.

6) Diese Frage muss die nächste FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz für sich entscheiden. In den vergangenen fünf Jahren hat sie gemeinsam mit den Partnerinnen der Ampel zahlreiche Initiativen im Sinne der LSBTI-Community, also auch von bisexuellen Menschen, ins Parlament eingebracht.

7) Wir stehen einer Diskussion zur Forschungsförderung offen gegenüber. Der Landtag hat sich bereits zur Forschung mit Blick auf die Verfolgung homosexueller Männer und lesbischer Mütter in der Bundesrepublik bekannt. Inwiefern die „queere Geschichte“ sinnvoll weiter erforscht werden kann, kann Gegenstand künftiger Debatten sein.

8) Für alle Bürger:innen der Bundesrepublik gelten die gleichen Gesetze. Welche Konsequenzen individuelle Äußerungen nach sich ziehen, muss die unabhängige Justiz entscheiden, nicht die Politik.

9) Wir schützen alle Menschen mit den Instrumenten, die unserem Rechtsstaat zur Verfügung stehen. Die Strafverfolgungsbehörden haben wir personell ebenso verstärkt wie unser Engagement gegen Hasskriminalität im Internet. Das Justizministerium hat deshalb gemeinsam mit der Landeszentrale für Medien und Kommunikation und verschiedenen Medienhäusern das Projekt „Verfolgen und Löschen“ initiiert, damit Hasskommentare im Netz konsequent strafrechtlich geahndet werden.

10) Die Richtlinie Hämotherapie muss diskriminierungsfrei ausgestaltet werden. Dazu haben wir Freie Demokraten gemeinsam mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag in den rheinland-pfälzischen Landtag eingebracht, der auch die Zustimmung der CDU erfahren hat und die entsprechenden Gremien zum Handeln auffordert.

- 11) Wir setzen uns auf Bundesebene mit Blick auf die Novelle des Transsexuellengesetzes dafür ein, dass nicht immer neue Hürden aufgebaut werden. Über die geschlechtliche Identität müssen die konkret betroffenen Menschen entscheiden und nicht zahlreiche Gutachter:innen aus dem medizinischen Bereich oder dem sozialen Umfeld.
- 12) Wir wollen ein Verbot medizinisch unnötiger geschlechtsangleichender Operationen bei intersexuellen Kindern durchsetzen.
- 13) Wir Freie Demokraten haben dazu gemeinsam mit den Partnerinnen der Ampel aus Rheinland-Pfalz bereits eine Bundesrats-Initiative gestartet.
- 14) Inwiefern die die genannten Fälle strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen müssen, entscheidet die unabhängige Justiz.
- 15a) Es handelt sich bei den zu produzierenden Impfstoffen um hochkomplexe pharmazeutische Produkte. Es bestehen bereits Kooperationen verschiedener pharmazeutischer Unternehmen, um die Produktion der Impfstoffe so schnell wie technologisch möglich sicherzustellen. Der weltweiten Nachfrage nach Impfstoff steht eine begrenzte Produktionskapazität gegenüber, die sich jedoch durch die Zulassung weiterer Impfstoffe zunehmend entspannen wird. Einen staatlichen Eingriff in Form erzwungener Lizensierungen der Produktion halten wir daher derzeit nicht für sinnvoll.
- 15b) Rheinland-Pfalz ist im Vergleich der Länder führend bei der Impfquote der Bevölkerung. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass der zur Verfügung stehende Impfstoff schnellstmöglich verabreicht wird.
- 16) Wir nehmen die Ergebnisse und Appelle der Wissenschaft sehr ernst und bekennen uns als Freie Demokraten zum Pariser Klimaschutzabkommen. Wir wollen möglichst schnell mit der Kraft von Innovation und einem harten CO²-Deckel unseren Beitrag leisten, damit die Erderwärmung nicht über 1,5 Grad hinaus steigt.
- 17) Vielen Dank für das Interesse an unseren Positionen!